

II-2829 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1396/13

1977-10-11

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Kohlmaier
und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Auswirkung der Progression bei Arbeitnehmern

Obwohl die Belastung breitester Bevölkerungsschichten durch Verschärfung der Progression bei Einkommenserhöhungen, welche vorwiegend der Abgeltung eingetretener Geldwertminderungen dienen, immer unerträglicher wird, versuchen bestimmte Kreise die Notwendigkeit einer Anpassung des Steuertarifes an die Inflationsentwicklung aus durchsichtigen Gründen zu leugnen. So wurde vor kurzem vom Vorsitzenden des Sozialistischen Rentnerverbandes die Behauptung erstellt, daß die überwiegende Mehrheit der Pensionisten ohnedies keine Steuern zahle, was im Falle des Zutreffens dieser Meinung ein vernichtendes Urteil über das Pensionsniveau und damit den Stand der sozialen Sicherheit in Österreich bedeuten würde.

In die gleiche Richtung geht eine vor kurzem, und zwar in der "Arbeiter-Zeitung" vom 22. Juni 1977 verlautbarte Behauptung des Arbeiterkammerpräsidenten Czettel. Hier wird u. a. zunächst festgestellt, daß sich die Steuerbelastung weiter von den Unternehmern auf die Arbeitnehmer verlagere ... und zwar auch dann, wenn man die wachsende Zahl der Unselbständigen berücksichtige.

Diese Feststellung läuft also auf den bekannten Umstand hinaus, daß sich die Steuerbelastung der Arbeitnehmer wesentlich erhöht hat. Gleichzeitig wird aber über die Aussagen von Arbeiterkammerpräsident Czettel berichtet, daß seiner Meinung nach eine Senkung der Progression den Arbeitern keine ent-

scheidenden Vorteile bringen würde, da sie nur "den Beziehern hoher Einkommen mehr Vorteile bringe und die Arbeitnehmer in dieser Einkommensgruppe unterpräsentiert seien."

Die Anfragesteller sehen in dieser Behauptung einen eklatanten Widerspruch zum vorher Gesagten, da die auch von Arbeiterkammerpräsident Czettel festgestellte wachsende steuerliche Belastung der Unselbständigen nicht anders erklärt werden kann, als durch das Hineinwachsen in höhere Progressionsstufen. So sehen bekanntlich die Einkommensteuersätze des § 33 Abs. 1 EStG. die erste Steigerung des Grenzsteuersatzes von 23 % auf 28 % bei Erreichung eines jährlichen Einkommens von S 50.000,-- vor, welche Summe von einem sehr großen Teil der Arbeitnehmer erreicht bzw. überschritten wird.

Da die von Arbeiterkammerpräsident Czettel geäußerte Meinung nicht nur den Interessen der von ihm zu vertretenden Arbeitnehmerschaft diametral entgegengesetzt, sondern offensichtlich auch sachlich falsch ist, stellen die gefertigten Abgeordneten an Sie folgende

A n f r a g e :

- 1) Was ist nach Auffassung des Finanzministers neben der wachsenden Zahl der Unselbständigen die Ursache für das starke Ansteigen der Lohnsteuereinnahmen ?
- 2) Wie groß ist der Anteil der Arbeitnehmer an den Einkommensgruppen, für die eine Senkung der Progression Vorteile bringen würde ?
- 3) Stimmen Sie der Auffassung des Arbeiterkammerpräsidenten Czettel zu, daß die Arbeitnehmer unter den Beziehern hoher Einkommen "unterpräsentiert" (gemeint ist wohl unterrepräsentiert) sind ?